

Ruckauf feuert Rico

Orestes Verón wird Nachfolger des Ex „cara-pintada“ / Rico zurück auf Bürgermeister-Posten

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf, hat am Freitag dem Druck von Provinzparlament und Öffentlichkeit nachgegeben und den umstrittenen Sicherheitsminister Aldo Rico entlassen. Nachfolger Ricos wird auf Anweisung Ruckaufs der bisherige Chef-Koordinator der bonaerenser Polizei, Ramón Orestes Verón.

Am Donnerstagabend hatte Rico in einem Schreiben an Ruckauf seine Bereitschaft zum Rücktritt erklärt und angekündigt, in diesem Fall auf den Posten des Bürgermeisters seines Wohnsitzes San Miguel zurückkehren zu wollen. Als solcher war Rico bei den Wahlen im vergangenen Oktober bestätigt worden. Zugleich schrieb Rico, die von ihm betriebene Sicherheitspolitik sei durch „Allianz-Attacken“ zu Fall gebracht worden. Sich selbst bezeichnete er als „Opfer dieser Angriffe“.

Rico hatte in der Vorwoche eine Verfassungskrise in der Provinzregierung verursacht, nachdem er irrtümlich Staatspräsident Fernando de la Rúa beschuldigt hatte, als Leibwächter den Ex-„cara-pintada“ Carlos „El Indio“ Castillo eingestellt zu haben. Castillo wird zur Zeit von der Justiz im Zusammenhang mit dem AMIA-Attentat von 1994 vernommen.



Kaum aus Miami zurück, feuerte Ruckauf seinen Sicherheitsminister.

Unterdessen zeigt sich die Allianz-Regierung bemüht, politisches Kapital aus dem Ausscheiden Ricos zu schlagen. Vizepräsident Carlos „Chacho“ Alvarez hatte bereits zuvor scharfe Kritik an dem Verhalten des Ex-„cara-pintadas“ geübt. „Er soll nicht lügen“, forderte Alvarez noch am

Mittwoch. Gleichzeitig beklagte er, dass durch die Diskussion um Rico „das eigentliche Problem, die Sicherheitssituation der Provinz“ in den Hintergrund gedrängt werde. Alvarez hatte Druck auf Ruckauf ausgeübt und eine „umgehende Entscheidung“ gefordert.

Diese hat Ruckauf nun am Frei-

tag nach einem angesichts der sich zuspitzenden Krise vorzeitig abgebrochenen USA-Aufenthalt getroffen - nicht ohne zuvor Orestes Veróns Bereitschaft einzuholen, Ricos Posten zu übernehmen. Dies geschah bei einem Gespräch unter vier Augen unmittelbar nach Ruckaufs Eintreffen in La Plata.

Wie Vize-Präsident Alvarez hatte auch die Abgeordnetenkammer in La Plata die Abberufung Ricos gefordert. Kammerpräsident Francisco Ferro (UCR) hatte den Gouverneur gedrängt, „seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden und die Situation zu klären“. Selbst Vizegouverneur Felipe Solá forderte Ricos Rücktritt. „Die Entschuldigung Ricos befriedigte niemanden“, hatte Solá noch am Vortag gesagt.

Granillo Ocampo auf Stimmenfang

Der PJ-Kandidat präsentierte sich für die Wahl im Mai / Polemischer O'Donnell

Mit Licht-Effekten, Laserstrahlen und Konfetti-Regen ist Raúl Granillo fernseh- und werbegerecht als PJ-Spitzenkandidat in das Rennen um den Chefposten der Stadtregierung gestartet. Der ehemalige Justizminister der Menem-Regierung begann am Montag seine Kampagne mit maßvollen Worten, die auf den Fang peronistischer Stimmen abzielten. Dennoch be-

zeichnete Granillo als letzter Redner einer Wahlversammlung im Teatro Gran Rex an der Avenida Corrientes justizialistische Parteigänger, welche die Allianzformel Ibarra-Felgueras oder Cavallo-Beliz unterstützen, mehrfach als „Verräter“.

„Man muss den Unterwanderern und den Verrätern zeigen, dass der PJ aufrecht steht. Einige haben nicht gezögert, während der Menem-Regierung Ämter zu begleiten. Sie werden jedoch keinen anderen peronistischen Sonnenaufgang erleben, weil sie zu anderen Parteien übergelaufen sind“, richtete Granillo eine unmissverständliche Botschaft an Domingo Cavallo und Gustavo Beliz. Beide waren unter Menem Minister, stehen heute jedoch mit ihren Parteien AP und NP in Opposition zur PJ. Doch auch Jorge Telerman, Ex-Botschafter in Kuba, und die Stadtabgeordnete Juliana Marino waren angesprochen. Weitaus schärfer als Granillo argumentierten die weiteren Abgeordneten kandidaten. Pacho O'Donnell, Listenführer des PJ, beschuldigte Ibarra, „Drogenkonsum, Prostitution und Travestitentum Tür und Tor zu öffnen“. In Anspielung auf den Código de Convivencia Urbana (Kodex des städtischen Zusammenlebens) sowie Ibarras TV-Spot zum Thema Sicherheit sagte

O'Donnell: „Es fehlt einzig die Behauptung, Ibarra habe Virrey Cisneros hinter Schloss und Riegel gebracht.“

Völlig den Stil verlor der Schiffsteller aber erst später. „Einige Postensucher sind auf den Markt gegangen, um peronistische Standbeine an Parteien zu verkaufen, die nichts mit uns gemein haben. Ich versichere jedoch, dass die peronistischen Beine, Eierstöcke und Hoden auf unserer Seite sind.“

Kelly Olmos kritisierte nicht weniger polemisch namhafte Politiker-Kolleginnen. „Wir Peronistinnen sind weder von de la Rúa geschaffene Medienprodukte wie Cecilia Felgueras, noch das Resultat der Wahl von Cavallo wie Martha Oyhanarte und ebensowenig Frauen, die sich mehr schlecht als recht durchs Leben schlagen wie Irma Roy“, sagte Olmos.

Unterdessen befindet sich Granillos Kandidatur trotz markiger Worte der Parteigänger angesichts fehlender Unterstützung auf Landesebene in einer Talsohle. Umfragen sagen bereits das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der Hauptstadt wahlen für die PJ voraus. Daher war die gesamte Veranstaltung am Montag auf nachhaltige Wirkung ausgerichtet und entsprach damit den Anforderungen des Boulevard-Fernsehens.

Militärgericht will über „Baby-Raub“ urteilen

Der Oberste Streitkräftenrat hat sich am Donnerstag überraschend für die Prozesse gegen hohe Militärs zuständig erklärt, gegen die wegen „Kindesentziehung“ während der Militärregierung ermittelt wird. Bisher liegt die Untersuchung in den Händen von Bundesrichter Adolfo Bagnasco. Es geht dabei um den Raub und die illegale Adoption von Kleinkindern, die von ihren Müttern während deren Gefangenschaft geboren wurden. Die leibhaftigen Eltern zählen zu den während der Militärdiktatur „verschundenen“ Personen.

Der Baby-Raub ist ein strafrechtlich neuer Tatbestand, er fällt nicht unter die Amnestiegesetze. Bisher sind unter anderen die früheren Generäle Jorge Rafael Videla, Reynaldo Bignone, Cristino Nicolaidis sowie der Ex-Admiral Emilio Eduardo Massera wegen ihrer mutmaßlichen Verantwortung unter Hausarrest.

Diana Conti, Unterstaatssekretärin für Menschenrechte, äußerte sich besorgt über die Forderung der Militärs. Dies sei eine Situation, die man „schon überwunden“ glaubte, sagte die Regierungsvertreterin. Verteidigungsminister Ricardo López Murphy, der am Freitag nach Chile reist, gab bisher keinen Kommentar zur Forderung des Militärtribunals ab. Über die rechtliche Zuständigkeit soll nun der Oberste Gerichtshof entscheiden.

Regierung greift an

Debatte um Arbeitsreform wird mit harten Bandagen geführt

Erst angreifen, dann verhandeln - die von den Gewerkschaften angewandte Strategie, Änderungen beim im Februar vom Abgeordnetenhaus verabschiedeten Arbeitsreformprojekt zu erreichen, wurde allem Anschein nach jetzt auch von der Allianz-Regierung, der Mutter des Gesetzes, übernommen.

Denn nach der Morgensitzung des Kabinetts am Dienstag, in der auch die Arbeitsreform besprochen wurde, steckten Staatspräsident Fernando de la Rúa, sein Vize „Chacho“ Alvarez, Arbeitsminister Alberto Flamarique, der provisorische Senatspräsident José Genoud und der Fraktionschef der radikalen Senatoren, Raúl Galván, am Abend bei einem Treffen in der Casa Rosada die neue Strategie im Senat ab. Dabei habe der Präsident mit der Deregulierung der Sozialwerke gedroht und damit eine Schwächung der Gewerkschaften angekündigt, berichtete die Nachrichtenagentur DyN.

Denn neben der Drohung in Richtung der Gewerkschafter begab sich die Regierung auf den langen Verhandlungsweg mit den justizialistischen Senatoren, deren Stimmen für die Verabschiedung des Reformpaketes entscheidend sind. Der Druck der Allianz zur Erreichung des für sie geradezu symbolischen Gesetzesprojektes ist Teil einer Offensive, mit der die Koalition aus UCR und Frepaso die politische Initiative wiedergewinnen will - zu einem strategisch günstigen Zeitpunkt. Denn von einer erfolgreichen Arbeitsreform erhofft sich die de la Rúa-Regie-

rung verbesserte Chancen für ihren Kandidaten Aníbal Ibarra bei der Wahl des Stadtregierungschefs von Buenos Aires am 7. Mai. Erst in der vergangenen Woche hatten de la Rúa und Flamarique eingeräumt, dass die Regierung ihre „Hauptrolle rund um die Reform abgegeben“ habe.

Die Allianz wird daher nicht müde zu unterstreichen, dass der Peronismus versuche, die Debatte über die Reform bis nach den Hauptstadtwahlen zu verschieben, um damit „die Kandidatur von Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo zu begünstigen“. „Wir wollen, dass sich die peronistischen Senatoren der Tragweite ihrer Verantwortung bewusst werden. Denn zweifellos ist eine Ablehnung des Gesetzes einem Absenken der Arbeitslosigkeit in Argentinien nicht förderlich“, sagte der Arbeitsminister.

Aus Regierungskreisen verlautete jedoch, dass die Allianz bereit sei, einige der Vorschläge der PJ-Senatoren zur Verbesserung des Gesetzes über die Arbeitsreform zu erwägen. Verhandlungsbereit sei die Regierung etwa in den Punkten zur Förderung von Dauerbeschäftigung. Gleichzeitig wurde aber versichert, dass sie Änderungen des Gesetzeskerns, der Modernisierung der Arbeitsbeziehungen, nicht akzeptieren werde. „Die Neuverhandlung der kollektiven Tarifverträge und die Dominanz des niedrigeren über den höheren Tarifvertrag wird nicht angetastet“, sagte ein Regierungssprecher.

WOCHENÜBERSICHT

Wahlsplitter I

Die PJ-Spitzenkandidatin für die Stadtlegislative, Juliana Marino, will bei den Wahlen am 7. Mai das Duo Ibarra-Felgueras (Allianz) unterstützen. Sie empfinde ein „Gemisch aus Schmerz und Freude“ sagte Marino zu Wochenbeginn bei der Präsentation ihrer Liste. „Schmerz über die Krise des PJ und Freude wegen der Hoffnung auf eine Renovierung der Partei.“

Wahlsplitter II

Die Formel Ibarra-Felgueras liegt in der Wählergunst weiter vor dem Duo Cavallo-Beliz. Nach einer am Wochenende veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungs-Institutes Ricardo Rouvier liegen die Allianz-Kandidaten mehr als sieben Prozent vor Cavallo-Beliz (AP/ND). Der Befragung zufolge wollen 2,9 Prozent der Befragten der PJ-Dissidentin Irma Roy ihre Stimme geben. Der offizielle PJ-Kandidat Raúl Granillo Ocampo belegte mit 1,8 Prozentpunkten den letzten Platz. Die Meinungsforscher von Integrar Consultora sehen Ibarra im Rennen um den Chefsessel der Stadtregierung mit 43 Prozent sogar noch klarer vor Cavallo (33,5).

Wahlsplitter III

Silvia Zimmerman ist neue Kandidatin für die Stadtregierung der Partido Nacionalista Constitucional (PNC, Verfassungskonforme Nationalisten). Der ursprüng-

Ausländer-Wahlrecht

In Buenos Aires lebende volljährige Ausländer genießen in Zukunft das aktive und passive Wahlrecht in der Bundeshauptstadt. Voraussetzung ist jedoch der Besitz eines DNI para extranjeros (Personalausweis für Ausländer) und der Eintrag ins Wählerregister mindestens 30 Tage vor der jeweiligen Wahl. Ein solcher bedeutet nach argentinischem Recht jedoch Wahlpflicht, der sich der Wähler nur entziehen kann, wenn er sich am Wahltag mehr als 400 km vom Wahllokal entfernt befindet und sich dies durch einen polizeilichen Nachweis bestätigen lässt.

Einschreibungen können insgesamt in 14 Zivilregistern vorgenommen werden, im Stadtzentrum in der Uruguay 740, 1° (Tel. 4373-1896), Junín 521 (Tel. 4375-0644). Das Gesetz Nr. 334 war am Freitag vergangener Woche von Stadtregierungschef Enrique Olivera im Rathaus präsentiert worden. Der angesprochene Personenkreis kann damit bereits bei der Stadtregierungswahl am 7. Mai abstimmen.

liche Kandidat Carlos Pillmaier war auf öffentlichen Druck zurückgetreten, nachdem er in einem Interview mit der Zeitung „Página/12“ erklärt hatte, „der Holocaust ist ein erfundenes Wort“. Zimmermans Formelpartner ist Miguel Angel Chio, Philosoph und seit 1990 Mitarbeiter der „La Nación“.

Wahlsplitter IV

PJ-Spitzenkandidat Raúl Granillo Ocampo hat mit der Führung der Abgeordnetenfraktion eine Unterstützung des Allianz-Kandidaten Aníbal Ibarra erörtert. „Eine Niederlage der Allianz könnte die Regierbarkeit der Stadt gefährden“, sagte Miguel Angel Toma Mittwoch. Im Falle eines Scheiterns Ocampos in der ersten Runde bestehe daher die Möglichkeit, dass die Stadt-PJ die Kandidatur

von Ibarra unterstütze.

Annäherung

Staatspräsident Fernando de la Rúa wird am 14. Mai zu Gesprächen mit seinem paraguayischen Amtskollegen Luis González Macchi nach Asunción reisen. Politische Beobachter beider Länder sehen darin ein Zeichen für eine weitere Festigung der nach der Entscheidung des Ex-Präsidenten Menem, dem Putschmilitär Oviedo politisches Asyl zu gewähren, angespannten Beziehungen.

Gardel-Monument

Tango-König Carlos Gardel wurde posthum eine weitere Ehre

zuteil. Die „Asociación Amigos de la Academia Porteña del Lunfardo“ enthüllte in der vorletzten Woche in der Fussgängerzone Carlos Gardel und Anchorena am Abasto-Shopping ein Gardel-Monument. Das lebensgrosse Standbild fertigte der Bildhauer Mariano Pagés.

Schweizer Zünder

Die Verwaltung des Nationalparks „Los Glaciares“ in der Provinz Santa Cruz hat zwei Schweizer Touristen wegen „unverantwortlichen Handelns“ zum Verlassen des weltberühmten Geländes aufgefordert. Wie die Zeitung „El Cronista“ am Dienstag berichtete, widersetzten sich der 26-jährige Stephan Schnee und sein 27-jähriger Reisebegleiter Christopher Schmocker zuvor der wiederholten Aufforderung, ein Lagerfeuer zu löschen. Die Parkverwaltung in El Chalten habe die Daten der Touristen aufgenommen, der Zahlung einer Strafe hätten sich die Reisenden jedoch durch „Flucht“ entzogen. Daraufhin habe die Direktion nach Angaben der Zeitung ein „Informationsschreiben“ an die Schweizer Botschaft geschickt. Während Campen in dem Nationalpark erlaubt ist, ist das Grillen auf Grund der grossen Waldbrandgefahr angesichts des trockenen Holzbestandes verboten.

Exit Rico

Der frühere Oberst Aldo Rico agiert wie ein Draufgänger, der die Folgen seiner Worte nicht berücksichtigt. Mit wenigen Zitaten Aldo Ricos wurde sein Schicksal als Sicherheitsminister der Provinz Buenos Aires besiegelt. Hätte er geschwiegen oder sich anders ausgedrückt, wäre er weiterhin im Amt. Keine von ihm getroffene Massnahme oder Handlung stürzte den früheren „Carapintada“, der seinerzeit zu Ostern 1987 direkt mit Präsident Alfonsín über die von ihm und anderen aufässigen Offizieren in Campo de Mayo angezettelte Meuterei verhandelte und sich als erfolgreicher Radaubruder der argentinischen Politik vorstellte.

Seit seinem damaligen echt militärischen Auftritt hat sich Rico als Politiker gemausert, dem es gelang, Stimmen für seine Partei einzufangen, die im spanischen Kürzel als Modin bekannt wurde. Rico sass in der Deputiertenkammer und machte stets Schlagzeilen. Reporter und Fotografen sind beliebteste Angriffsziele dieses Offiziers im Stil eines Haudegens.

Dann wurde Rico zum Bürgermeister im Vorort San Miguel gewählt und mit hoher Zustimmung wieder gewählt. Offenbar war es ihm gelungen, sich als Garant der Sicherheit zu profilieren, was ihm die Bürger der Gemeinde stimmenmässig honorierten. Die Medien suchten ihn gerne auf, weil sie seine Zitate erwarteten, die dann verbreitet wurden.

In der grossen Landespolitik mischte Rico 1994 mit, als der damalige Gouverneur Eduardo Duhalde die Verfassung der Provinz Buenos Aires zwecks Wiederwahl ändern lassen wollte. Dafür fehlten ihm einige Stimmen im Parlament, die ihm Rico in einem denkbar schmutzigen politischen Geschäft zur Verfügung stellte. Das Geschäft wurde als Tausch zwischen diesen Stimmen gegen einige Ernennungen von Ricos Anhängern vorgestellt, also eine landesübliche Postenreiterei, wie sie gleichzeitig mit der nationalen Verfassungsnovelle zwischen Präsident Menem und Expräsident Alfonsín vorexerziert worden war. Es ging um die Wiederwahl Menems im Tausch gegen mehrere Spitzenposten für Parteigänger Alfonsíns.

Indessen floss dabei Schmiergeld, angeblich ein Dutzend Millionen Dollar, die Duhalde an Rico auszahlte. Hierüber berichtete dieser Tage der frühere Mitläufer Ricos, Carlos „El Indio“ Castillo, in Haft in Paraná, Entre Ríos, wo er beschuldigt wird, gemeine Verbrechen begangen zu haben. Castillo gab sich als Zeuge aus, der die Auszahlung eines Teils des Schmiergelder gesehen haben will. Seither wird hierüber in der Justiz ermittelt. Die Tatsache des Schmiergeldes war längst in der Politik bekannt geworden, doch wurde das landesübliche „Schwamm darüber“ exerziert.

Rico hatte in der Vorwoche unvorsichtigerweise Castillo, mit dem er verfeindet ist, als den Bodygard Präsident de la Rúas auf einer Fotografie identifiziert, womit er den Staatschef beschmutzte, der angeblich die Dienste eines Delinquenten verpflichtet hatte. Die Anzeige Ricos entpuppte sich als eine Ente. Der Bodygard war nicht Castillo, sondern ein Berufspolizist, dessen Gesichtsausdruck ähnlich dem Castillos ist.

Rico musste sich darauf bei de la Rúa auf Geheiss des Gouverneurs Carlos Ruckauf entschuldigen. Seit Rico zum Sicherheitsminister ernannt worden war, sorgte er für Schlagzeilen und behauptete, die Zahl der Verbrechen in der Provinz sei zurückgegangen. Ruckaufs Sicherheitspolitik zielte darauf ab, der Polizei mehr Befugnisse zuzuteilen, damit sie Verbrecher am Tatort ausfragen darf und diese Ermittlungen im Strafprozess als Beweismittel zugelassen werden. Dahinter stand Rico. Nicht genug mit der Blamage in der Affäre Castillo, verurteilte Rico unmittelbar danach pauschal die Strafjustiz der Provinz Buenos Aires, weil angeblich einige Richter (welche, sagte er nicht) jeweils freitags keine Haussuchungsbefehle erteilen, weil sie lieber auf den Countries am Wochenende ausruhen. Diese Beschuldigung, die den gesamten Richterstand der Provinz verärgerte, dürfte Rico den Kopf gekostet haben. Gouverneur Ruckauf befand sich in den Vereinigten Staaten und musste versuchen, die politische Krise zu meistern, die Ricos unvorsichtige Äusserungen bewirkt hatten. Das Ergebnis kann man mühelos vorwegnehmen. Rico muss gehen. Das spanische Sprichwort lautet „el pez por la boca muere“, der Fisch stirbt durch den Mund. Genau dieses Schicksal ereilt den Machtmenschen Aldo Rico, ehe er zeigen konnte, ob sein forsches Auftreten als Sicherheitsminister der am meisten im ganzen Land durch Verbrecher verunsicherten Provinz Buenos Aires tatsächlich verhindert, dass Delinquenten darauf verzichten, unschuldige Opfer zu morden oder zu berauben.

Privilegiertenrenten in La Rioja

Die Nationalregierung untersucht derzeit die Rechtllichkeit eines Dekretes des Ex-Präsidenten Carlos Menem vom 15. Juli 1999, das die Gültigkeit von rund 1.600 Privilegiertenrenten in der Provinz La Rioja bestätigt. Diese Renten waren trotz Ablehnung durch die ANSES gewährt worden. Dabei geht es in vielen Fällen um Personen, die zum Zeitpunkt der eidesstattlichen Antragstellung jünger als 40 Jahre alt waren, jedoch im öffentlichen Dienst von La Rioja nicht eingetragen sind. Dennoch beziehen sie monatlich durchschnittlich 1.700 Pesos. Die ANSES stellte bereits Strafanzeige wegen des dringenden Verdachts der Urkundenfälschung.

Symbolisch für die Situation der Andenprovinz ist der Fall von Luis González, dem Sohn des menemistischen Ex-Ministers Antonio Ermán González. 38-Jährig gab González Junior 19 Dienstjahre an und bekam im Dezember eine Sonderrente von 1.891 Pesos zugesprochen, deren Auszahlung jedoch mittlerweile von der Allianz-Regierung suspendiert wurde.

Menems Dekret war der Endpunkt einer Serie von Verwaltungsentscheiden, die das Abkommen über die Überführung der Versorgungskasse von La Rioja von 1996 änderten. Mitunterzeichner des Dekrets waren einige der Spitzenvertreter der Menem-Regierung, darunter Ex-Innenminister Carlos Corach, der ehemalige Wirtschaftsminister Roque Fernández und Multi-Funktionär González.

SE USA CADA
VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS

KOH-I-NOOR

2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE

¡NUEVO!



GUNTER KRAUSS S.A.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Senkung der Pflichtreserven?

Eine wirtschaftspolitische Empfehlung, die längst mehrmals vorgebracht worden ist, wurde in New Orleans anlässlich der Gouverneurskonferenz der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) vom Wirtschaftsminister José Luis Machinea hochgespielt. Es geht um die Senkung der verzinsbaren Pflichtreserven, Spanisch genannt „requisitos de liquidez“, um angenommene 5% zwecks Freigabe mehrerer Milliarden Pesos für Kredite an die Privatwirtschaft. Eine solche Massnahme steht nicht dem Wirtschaftsminister zu, sondern der selbständigen Zentralbank, so dass sich deren Präsident Pedro Pou dazu äussern müsste. Machinea hat in New Orleans gehandelt, als ob die Notenbank wie früher ein wirtschaftspolitisches Instrument der Regierung wäre. Die Zentralbank muss sich laut Statuten nur als Leiter der Geldpolitik um die Geldwertstabilität sowie als Aufsichtsbehörde der Finanzanstalten um deren Solvenz kümmern.

Der Anlass für die Ankündigung Machineas war die Bereitschaft der international tätigen Finanzanstalten ING, Citibank, Merrill Lynch und Hongkong & Shanghai Banking Corporation (Inhaberin der Bank Roberts in Argentinien), der Regierung US\$ 5,0 Mrd. als Garantie bereitzustellen, damit die lokalen Banken die gleiche Solvenz wie mit den Pflichtreserven geniessen. Diese Reserven bis 20% auf Einlagen bis zu einem Jahr dürfen die Banken in der Zentralbank oder in der Niederlassung der Deutschen Bank in New York zinsbringend anlegen, wo mehr als US\$ 7,0 Mrd. gleichsam als Währungsreserven lagern.

Der Zweck dieser Pflichtreserven ist die Sicherung der Bankensolvenz im Fall einer massiven Depositenabhebung, der die Banken nicht begegnen können, weil sie die Kredite nicht rechtzeitig einkassieren. Nebenbei wird die Kreditfähigkeit der Banken beschränkt, die zwar Zinsen auf die Pflichtreserven verdienen, aber für die betreffenden Einlagen keine Ausleihungen zu höheren Zinssätzen leisten können.

Die Weltbank sollte auch mitmachen, hat aber nach Erklärungen des zuständigen Beamten für Argentinien abgelehnt. Sie finanziere keine Senkungen von Pflichtreserven, lautete die Absage. Ob die Kreditgarantie, die nur im Krisenfall eingesetzt werden würde, aber eine ständige Provision von 50 Basispunkten (0,05%) im Jahr kosten soll, zustande kommt, muss vorerst abgewartet werden. Teresa Ter Minassian, die sich im Internationalen Währungsfonds um Argentinien kümmert, zeigte in New Orleans Zurückhaltung in Sachen Senkung der Pflichtreserven, weil die Kreditnachfrage schwach sei.

Für die betroffenen Banken blühen neue Kreditgeschäfte zu fühlbar höheren Zinssätzen als diejenigen der Pflichtreserven, möglicherweise

im Durchschnitt aller Zinssätze für Hypothekar-, Pfand-, Investitions-, Umlaufkapital- und Personalkredite mehr als doppelt so viel. In New York verdienen die Banken Federal Funds-Zinsen von nahezu 6% per annum, in der Zentralbank etwas mehr. Insofern ist das Kreditgeschäft sicherlich attraktiver für die Banken als die verzinsbaren Pflichtreserven.

Wirtschaftspolitisch darf erwartet werden, dass die Freigabe mehrerer Millionen Peso- und Dollar-Depositen, je nachdem um wieviele Prozentpunkte die Pflichtreserven gesenkt werden, die Banken nötigt, Ausschau nach neuen Kreditnehmern zu halten, zumal gegenwärtig eine denkbar schwache Kreditnachfrage besteht. Die Kreditmasse ist seit vielen Monaten bei rund \$ 65 Mrd. stabil.

Das hängt freilich mit den Zinssätzen zusammen. Bei fünfjähriger Nullinflation mit leichter Deflation der Grosshandelspreise sind zweistellige Zinssätze, wie sie für die meisten Kreditnehmer am Platz berechnet werden, unvereinbar mit einer finanziell gesunden und solventen Geschäftsführung. Solche Zinssätze können nur für vorübergehende Verschuldungen verkräftet werden. Die geplante Freigabe der Pflichtreserven für Ausleihungen dürfte Druck auf die Zinssätze ausüben, nachdem die Differenz der durchschnittlichen Aktivsätze mit denen der Pflichtreserven dermassen auseinanderklafft.

Die Hauptsorge, die mehrere Kommentatoren erwähnten, besteht darin, dass die Senkung der Pflichtreserven mit einem Verlust von Währungsreserven einhergehen könnte, der in der Konvertibilität zu Depositenabhebungen führt. Deshalb erscheint es sicherlich ratsam, für die Senkung der Pflichtreserven zu warten, bis die Zinssätze weiter fallen, während die Devisenreserven und Depositen wieder zunehmen. Die Länderrisikoprämie ist bereits auf 400 Basispunkte (4%) über gleichlange US-Treasuries gefallen, fühlbar weniger als die Hälfte im Vergleich zu Ende 1999, wogegen die Währungsreserven zwischen US\$ 22 und US\$ 26 Mrd. ebenso wie die Gesamtdespositen bei \$ 81 Mrd. seit nahezu einem Jahr stabil sind. Ein Abzug der Währungsreserven mit entsprechender Senkung der Depositen würde die Zinssätze hinaufreiben und bedenkliche Zeichen des Vertrauensschwundes ausgeben. Das sollte man füglich vermeiden.

Neuverschuldung 1999: \$ 15 Mrd.

Laut Erklärungen des Unterstaatssekretärs für Finanzierungen, Julio Dreizzen, betrug die Neuverschuldung des nationalen Schatzamtes im Kalenderjahr 1999 \$ 11,1 Mrd., die sich als Differenz zwischen dem Schuldenstand von \$ 110,68 Mrd. Ende 1998 und \$ 121,87 Mrd. Ende 1999 ergibt. Im ersten Quartal wuchsen die Staatsschulden \$ 707 Mio., im zweiten \$ 2,35 Mrd., im dritten \$ 3,42 Mrd. und im vierten Quartal \$ 4,71 Mrd.,

zusammen besagte \$ 11,1 Mrd. Hierin sind die Zunahmen der PAMI-Schulden (Krankenkasse der Rentner) nicht enthalten, über die keine zuverlässigen Angaben vorliegen.

Die Neuverschuldung setzt sich aus dem Kassendefizit von \$ 7,1 Mrd. des Schatzamtes sowie der Ausgabe neuer Staatstitel für \$ 4,0 Mrd. zusammen. Die buchhalterische Bewertung der Staatstitel enthält Korrekturen der Schulden An-

Randglossen

Nur noch fünf Wochen verbleiben bis zum Wahltag vom 7. Mai in der autonomen Stadt Buenos Aires. Der Wahlkampf spitzt sich deutlich zu. Die Kandidaten für das Amt des Regierungschefs melden sich täglich mit Vorschlägen und Präsenzen in Stadtvierteln. Aníbal Ibarra und Cecilia Felgueras als Kandidaten der Allianz führen in den Umfragen immer noch bequem mit etwa 45 Prozent der Wählerabsichten, aber ihre Gegner Domingo Cavallo und Gustavo Béliz haben deutlich aufgeholt, seit sie zusammen gehen, und erfreuen sich sogar mehr als 40 Prozent. Die Unentschiedenen sowie die Stimmen für die Justizialisten und kleiner Parteien werden entscheiden, wer allenfalls in der ersten Wahlrunde mit 50 Prozent gewinnt oder bis zur zweiten Wahlrunde warten muss. Das Wahlergebnis ist offen, so dass für Abwechslung im politischen Parkett gesorgt sein wird.

Expräsident Carlos Menem musste es sich gefallen lassen, dass er der politischen Doppelzüngigkeit bezichtigt wurde. Vor einigen Jahren schuf er per Dekret das Recht der Staatschefs auf eine Sonderrente ab und jetzt meldete er höchstpersönlich diesen Anspruch nach über zehn Jahren Staatsdienst im höchsten Amt der Nation bei der Sozialverwaltung Anses an. Jenes Dekret war hinsichtlich der Richterrenten von der Justiz als verfassungswidrig verworfen worden, weil Richter offensichtlich durchweg zugunsten ihrer Kollegen urteilen. Menem kann somit die gleiche Verfassungswidrigkeit seines Dekretes beantragen, um danach das Gesuch beim Ministerium für soziale Sicherheit zu stellen, das für Präsidentenrenten zuständig ist. Anses befasst sich nur mit normalen Renten. Frau Minister Graciela Fernández Meijide, die mehrmals mit Menem in politischem Konflikt stand, wird dann entscheiden, ob ihr Gegner als Expräsident die Sonderrente erhält. Pikant.



**SERVICIOS
DIGITALES**

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

fang 1999 durch die Aufwertung des Dollar bzw. des Peso gegenüber europäischen Währungen für \$ 2,6 Mrd., um welchen Betrag der Schuldenberg abgenommen hat, während sogenannte Variationen der Basis buchhalterische Zunahmen von \$ 536,4 Mio. abwerfen.

Zählt man die Neuverschuldung durch Defizite der Provinzen für angenommene \$ 3,7 Mrd. hinzu sowie unbekannte Beträge defizitärer Gemeinden, so gelangt man müheelos auf eine Neuverschuldung von \$ 15 Mrd. der öffentlichen Hand im Jahr 1999. Diese Neuverschuldung entspricht der Ermittlungsmethode der Defizite und der Staatsschulden, wie sie im Vertrag von Maastricht 1992 den Mitgliedern vorgeschrieben worden war, die für den Beitritt zu Euroland bzw. der gemeinsamen Währung Euro und der Europäischen Zentralbank galt. In Argentinien wird die dergestalt ermittelte Neuverschuldung erstmals im Verständigungsmemorandum mit dem Internationalen Währungsfonds vom vergangenen Februar erwähnt. Vorher wurde jeweils nur das Kassendefizit des Schatzamtes ohne neue Staatstitel und ohne

Provinzschulden erwähnt.

Die gesamte Verschuldung der öffentlichen Hand Argentinien per Ende 1999 betrug somit \$ 121 Mrd. für die Nationalregierung, angenommene \$ 20 Mrd. für die Provinzen und die Stadt Buenos Aires sowie ebenfalls angenommene \$ 4 Mrd. für die Gemeinden, insgesamt \$ 145 Mrd. Dieser gewaltige Schuldenberg entspricht 51,7% des Bruttoinlandprodukts von \$ 280 Mrd. für 1999. Bezogen auf letztere Grösse erreichte das als Neuverschuldung errechnete Staatsdefizit im Jahr 1999 5,3%.

Das ist etwa drei Mal mehr als stets offiziell mitgeteilt worden ist und übertrifft die Fiskalaufgabe des Maastrichter Vertrages von 3% des BIP. Kein Wunder, dass Argentinien souveräne Schuldner von den Geld- und Kapitalmärkten unterschwellig als zahlungsunfähig eingestuft worden waren, so dass gewaltige Länderrisikoprämien für Neuverschuldungen im Ausland bezahlt werden mussten, die die gesamte Zinsstruktur im Inland belasten, den Wirtschaftsaufschwung verhindern und die Arbeitslosigkeit hoch halten.

Bemerkungen zum Kfz-Abkommen mit Brasilien

Mit dem Abkommen über die Kfz-Branche, das in der Vorwoche zwischen Argentinien und Brasilien unterzeichnet wurde (siehe AT vom 26.3.00) geht eine mehr als dreijährige Diskussion zu Ende. Ursprünglich war vorgesehen, dass im Jahr 2000 freier Handel besteht, wie es allgemein im Mercosur sein sollte. Aber das hätte für Argentinien eine Verdrängung dieser Industrie, vornehmlich bei Zubehöerteilen, gegenüber Brasilien bedeutet. Es hat einige Zeit gedauert, bis die brasilianischen Unterhändler eingesehen haben, dass dies unerträglich ist und sogar den Gedanken schürt, vom Mercosur zurückzutreten und ihn eventuell durch eine Freihandelszone zu ersetzen. Man muss eben davon ausgehen, dass es sich um eine „unvollständige Zollunion“ handelt. Wenn man die Ausnahmen berücksichtigt und dementsprechend behandelt, kann die allgemeine Regel beibehalten werden, die eine mittelfristige Tendenz des steigenden Handels innerhalb des Mercosur aufweist.

Jetzt hat sich der argentinische Standpunkt durchgesetzt, der sich nach dem Regierungswechsel verhärtet hatte: im Prinzip wird der „kompensierte“ Austausch beibe-

halten, aber mir zwei Änderungen: einmal wird er jetzt global sein, also für Kfz und Teile zusammen (eventuell auch für Landmaschinen und Strassenbaumaschinen) und nicht getrennt, wie bisher; und dann gibt es zunehmende Abweichungen, die jedes dieser beiden Länder nutzen kann, die aber voraussichtlich in der Praxis bedeuten, dass Brasilien bei diesem Handel eine zunehmend positive Bilanz haben wird.

Das grundsätzliche Problem des neuen Abkommens besteht darin, dass bestimmt wird, dass ab 2006 der Handel mit Kfz und Teilen völlig frei ist. Das wird sich voraussichtlich genau so wenig erfüllen lassen, wie im Jahr 2000, da Brasilien grössere Fabriken hat, die höhere Stückzahlen erzeugen und niedrigere Kosten haben. Ausserdem sind Stahl und vor allem Stahlbleche dort wesentlich billiger als in Argentinien. Der kompensierte Austausch hätte logischerweise auf unbestimmte Zeit beibehalten werden sollen. Je länger der Horizont für die geltenden Spielregeln, umso besser kann die Industrie planen und umso mehr wird sie geneigt sein, langfristige Investitionen durchzuführen.

Abgesehen davon, stellt diese

neue Form des kompensierten Austausches (bei dem sich die Dollarwerte von Importen und Exporten die Waage halten müssen, bei Berücksichtigung der zugelassenen Abweichungen) ein praktisches Problem. Wenn der Austausch getrennt für jedes Unternehmen gilt, weiss dieses, wie viel es jeweils importiert und exportiert.

Bei einer Globalrechnung hingegen, weiss der Einzelne nicht, was er importieren darf. Hier muss es Sondernormen geben, die diese globale Kompensation auf Einzelunternehmen aufteilen.

Der Zollsatz für Teile aus Drittländern wurde schrittweise angehoben, ist jedoch niedriger, wenn er für die Fabrikation von Kfz dient, als wenn es sich um Ersatzteile handelt. Das widerspricht den international gültigen Zollnormen der WHO, hat wirtschaftlich wenig Sinn und erfordert strenge Kontrollen. Auf alle Fälle verteuert die Zollsaterhöhung die Produktionskosten, was sich jedoch angeblich wegen der Marktlage nicht auf die Preise auswirken sollte. Die lokalen Fabrikanten von Zubehöerteilen erhalten durch diese Bestimmung, aber vornehmlich durch die Festsetzung eines Anteils von Mercosurteilen von 60% und von 30%, bzw. 25% bei Lastwagen, von Teilen jedes Landes.

Für Importe ausserhalb des Mercosur wird ein Zollsatz von 35% bestimmt, ohne Kontingente u.a. Begrenzungen. Das ist äusserst gefährlich, da sich die Mercosur-Staaten dann nicht gegen überhöhte Importe wehren können. Man muss davon ausgehen, dass auf der Welt eine überschüssige

Ende der bezahlten Kfz-Verschrottung

Die Regierung hat letzte Woche das Programm „Plan Canje“ ausser Kraft gesetzt, durch das Inhaber von Kfz von über 10 Jahren einen Gutschein erhielten, den sie beim Erwerb einer neuen Einheit in Zahlung geben konnten, wobei die Kfz-Firma, die das Fahrzeug im Land erzeugt hat (in den letzten Monaten wurden auch brasilianische Kfz zugelassen), dieses Zertifikat zur Zahlung von nationalen Steuern verwenden konnte, als ob es Bargeld wäre. Dieser Plan lief im Mai 1999 an, nachdem schon 1995 ein ähnlicher Plan bestand. Doch damals verpflichtete sich das Schatzamt, die Gutscheine in bar einzulösen, was in der Praxis derart erschwert wurde, dass das ganze System zusammenbrach. 1999 wurde dieses Problem anders gelöst, nämlich durch

Fabrikationskapazität von mindestens 10 Mio. Kfz pro Jahr besteht, so dass die Unternehmen geneigt sind, bei Exporten die Preise auf Grenzkostenbasis zu berechnen, also Dumping zu betreiben. Das Problem wird in der Praxis noch dadurch verschärft, dass die Regierung vor kurzem verfügt hat, dass Kfz nicht mehr der privaten Importkontrolle unterstellt werden.

Man sollte sich in der Regierung schon jetzt überlegen, wie man einer Importflut begegnet. Auf alle Fälle wirkt die interne Steuer von 4%, bzw. 8% auf Automobile ab einem bestimmten Preis schon importhemmend bei teureren Modellen, nicht aber bei den ganz billigen.

Die Norm, dass die lokalen Fabriken Kfz ihrer Marke zum halben Zollsatz importieren dürfen, wurde auch aufgehoben, was auch die Importe verringern dürfte. Das wirkt sich vornehmlich verteuern auf die grösseren Modelle aus, wie Mondeo (Ford), Laguna (Renault), Marea (FIAT), Stratus (Chrysler), Passat (VW) u.a.

Dieses Abkommen wurde zwischen Argentinien und Brasilien ausgehandelt, was im Mercosur nicht zulässig ist. Uruguay protestiert mit Recht, Paraguay nicht, weil es sonst viel Dreck am Stecken hat. Auch wenn sich der Handel hier hauptsächlich zwischen Brasilien und Argentinien abspielt, wäre es korrekt, wenn die anderen zwei Partner auch befragt werden, umso mehr, als sie auch entscheiden müssen, ob sie sich an diese Regelung halten, oder ob sie weiter Kfz aus Drittländern zu niedrigeren Zollsätzen importieren werden.

direkten Abzug der Kfz-Unternehmen, wobei auf diese Weise auch die Provinzen im Verhältnis zu ihrer Beteiligung an den Nationalsteuern zahlen, während dies vorher ganz dem Nationalstaat zur Last fiel.

Als Begründung für die Massnahme wurde angegeben, dass der Plan fast eine Milliarde Pesos gekostet habe, und dies für die Staatsfinanzen unerträglich sei. Der ehemalige Staatssekretär Guadagni, der den letzten „Plan Canje“ geschaffen hatte, hat seinerzeit nachgewiesen, dass die Einnahmen bei der MwSt. und der provinziellen Bruttoumsatzsteuer, die beim Verkauf der neuen Einheiten entstehen, die Kosten der Subvention überstiegen. Wenn man dann noch berücksichtigt, dass die Unternehmen dabei auch mehr an Ge-

winnsteuer zahlen und mehr Personal beschäftigen, also auch höhere Sozialbeiträge leisten, und dass die Inhaber alter Kfz oft nicht einmal die provinzielle Patentssteuer zahlen, während sie dies bei neuen Kfz tun, so ist die Rechnung für den Fiskus noch günstiger. Und wenn dann noch die Wirkung auf die Konjunktur hinzugezählt wird, die durch diesen Plan angeheizt wurde, sieht die Gesamtrechnung noch günstiger aus.

Allein, das Gegenargument besteht darin, dass diejenigen, die neue Kfz innerhalb dieses Systems gekauft haben, sonst ihr Geld für andere Güter/WSt. auch entrichtet worden wäre, so dass das System einen Nettoverlust für den Staat darstellt. Das stimmt nicht ganz, da diese Käufer wohl auch gespart und auch Güter gekauft hätten, die die MwSt. hinterziehen, während bei der Kfz die Steuer auf alle Fäl-

le bezahlt werden muss.

Insgesamt wurden 340.000 Kfz verschrottet, wobei jedoch 165.000 Zertifikate noch nicht verwendet worden sind. Die Zahl scheint gering, gibt es doch weit über eine Million alter Kfz, deren Marktwert stark unter dem des Zertifikats liegt. Es ist unbegreiflich, dass die Kfz-Händler es nicht verstanden haben, mehr potentielle Interessenten anzuziehen. Ebenso ist es unverständlich, dass eine Industrie, die bei halber Kapazitätsauslastung arbeitet, nicht in der Lage war, die gesamte Nachfrage zu befriedigen.

Die Zertifikate können bis Ende Oktober noch verwendet werden, was für eine gute Nachfrage sorgen wird. Ob diese dann ohnehin ansteigt, weil die Zinsen sinken, wie es die Wirtschaftsführung vorwegnimmt, sei vorerst dahingestellt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage betragen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 4,8% auf 576,53, der Burcapindex um 5,4% auf 1.049,39 und der Börsenindex legte 0,6% auf 20.941,88 zu.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) ging in der Berichtswoche um 1% auf \$ 0,7865 zurück.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenbestände der ZB betragen am 27.3. \$ 25,04 Mrd., der Banknoten- und Guthabenumlauf \$ 13,49 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,64 Mrd. bzw. 13,97 Mrd., vor einem Monat \$ 25,03 Mrd. bzw. 13,92 Mrd.

Die Kammer der Gerbereien hat darauf hingewiesen, dass in den ersten 2 Monaten 2000 84.200 Rinderhäute exportiert wurden, gegen 102.000 im ganzen Jahr 1999. Die Kammer fordert eine Erhöhung der Exportsteuer von gegenwärtig 5% auf mindestens 10%, während Landwirtschaftssekretär Berhongaray für die Abschaffung dieser Steuer eintritt. Bis vor kurzem war die Exportsteuer höher. Das Problem, das sich hier stellt, besteht darin, dass die Staaten, die die Ware importieren, höhere Zölle auf Leder als auf Häute haben, was durch Exportzölle und Rückvergütungen ausgeglichen werden muss.

Die Banco Nación hat den mittleren und kleinen Unternehmen (Pyemes) eine neue Frist von 45 Tagen gewährt, um ihre Lage im Rahmen des Refinanzierungsprogramms der

Bank zu normalisieren, das am Freitag abgelaufen war. Ausserdem wurde die Vollstreckung von Schulden bis zum 15. Mai vertagt.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires kündigte die Ausgabe eines Bonds für \$ 350 Mio. an, der zur Refinanzierung von Schulden an die Provinzbank auf 25 Jahre zu 13,9% jährlich bestimmt sei.

10 Provinzen und zahlreiche Gemeinden haben sich dem Gesetz 25.080 über die 30jährige Steuerstabilität für die Forstwirtschaft, das durch Dekret 133/99 reglementiert wurde, noch nicht angeschlossen, womit das Gesetz dort nicht angewendet werden kann. Die Provinzen und Gemeinden müssen sich verpflichten, die gleiche Steuerstabilität zu gewähren.

Die Banco Nación hat eine Kreditlinie für Aufforderungen geschaffen, bei der Kredite von bis zu \$ 50.000 auf 24 Monate zu 13,5% gewährt werden.

YPF hat den Benzinpreis zum 2. Mal im März um einen Centavo gesenkt. Als Grund wurde der Rückgang des Erdölpreises auf dem Weltmarkt angegeben.

Im März verfügte die ZB 12.900 Schliessungen von Kontokorrentkonten, 150% mehr als im Februar. Es ist der höchste Stand der letzten 5 Jahre. 59% der Schliessungen erfolgten wegen wiederholter Ausgabe ungedeckter Schecks, während 41% formelle Ursachen hatten. Im 1. Quartal gab es 21.212 Kontenschliessungen, um 9% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Der Richter für Wirtschaftsstrafsachen, Julio Cruciani, hat die Beschlagnahme von 40 Containern im Zollamt verfügt, die Bekleidungsstücke enthielten, die als gemahlenes Glas erklärt waren. Es handelt sich um Ware aus dem fernen Osten, die mit Etiketten „Industria Argentina“ versehen waren.

Die zur Gruppe Louis Dreyfus gehörende Faplac S.A. hat in Zárate eine neue Fabrik für Pressholz mit einer Investition von US\$ 80 Mio. in Betrieb genommen, die eine Kapazität von 1.000 cbm täglich hat. Die Fabrik bedeckt 25.000 qm auf 84 Hektar im Paraná. Die Pressholzplatten werden mit einem kontinuierlichen Verfahren erzeugt, so dass sie nach verschiedenen Massen geschnitten werden können. Ausserdem verfügt die Fabrik über Anlagen zur Erzeugung von Melaminverkleidungen für die Holzplatten, mit einer Kapazität von einer Million qm monatlich. Faplac hat 1960 die erste Pressholzfabrik in Argentinien eingerichtet.

In Verbindung mit der italienischen Fantoni-Gruppe hat Louis Dreyfus unlängst eine neue Fabrik für US\$ 8 Mio. in Betrieb genommen, die auf dem gleichen Grundstück der Faplac-Fabrik errichtet wurde und schwebende Fussböden aus Holz mit Melaminbedeckung erzeugt.

Durch Dekret 259/00 (Amtsblatt vom 24.3.00) wurde ein Konsultivrat der AFIP geschaffen, mit der Aufgabe, deren Wirksamkeit zu prüfen und sie in der Erfassung der Hinterziehung zu unterstützen. Vorsitzender wird AFIP-Direktor Silvani sein, begleitet von vier Delegierten des Wirtschaftsministeriums und einem des Kabinettschefs.

Debora Giorgi, Staatssekretärin für Industrie, Handel und Bergbau, erklärte, Argentinien habe gefordert, den gemeinsamen Aussenzoll des Mercosur in die Tagesordnung der Zusammenkunft aufzunehmen, die Ende April stattfindet. Es gehe hier um eine graduelle Revision der Zölle gegenüber Drittländern, wobei besonders die „effektive Protektion“ berücksichtigt werden müsse (Zollsatz eines Produktes bei Berücksichtigung des Zollsatzes der Halbfabrikate und Rohstoffe, die bei der Fabrikation eingesetzt werden). Das Komitee, das sich mit dieser Frage befasst, hat schon 122 Anträge erhalten, von denen sich 80% auf Zollverringerungen bezogen. Von diesen waren die Hälfte argentinisch und die Hälfte brasilianisch. Es bestehe schon ein zunehmender Konsens darüber, dass der Zoll für Kapitalgüter, bei denen ständig neue technologische Fortschritte stattfinden, gesenkt werden muss.

Die Regierung hat am Montag durch Dekret 269/00 das Gesetz über das Bergbauabkommen mit Chile verkündet, das vom Parla-

ment am 23.3.00 verabschiedet worden war. Jetzt fehlt nur noch die Verkündung durch die chilenische Regierung. Das Gesetz erlaubt eine enge Zusammenarbeit von Bergbauunternehmen mit Tätigkeit beiderseits der Anden, so dass auf diese Weise Kosten gespart werden können.

Die Umsätze der Supermärkte sind laut INDEC im Februar gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 1,8% gefallen, während die der Shopping-Centers um 1,4% gestiegen sind. Der Rückgang bei den Supermärkten ist indes in der geringste der letzten vier Monate, immer im Vorjahresvergleich. November wies minus 6% aus, Dezember minus 3,8% und Januar minus 2%.

Die US-Firma Corn Products International gab ein Abkommen über Fusion ihrer Geschäfte in Argentinien (Productos de Maíz S.A.), Chile und Uruguay mit der lokalen Firma IMASA bekannt. Dabei wird Corn Products einen unbestimmten Betrag in das neue Unternehmen einbringen. Die US-Firma wird 73% halten und die Brüder Hernán und Gustavo Boher (die bisher Mehrheitsaktionäre von IMASA waren) den Rest. Corn Products ist der grösste Fabrikant der Welt von Dextrose und einer der bedeutendsten, und Glukose. 1999 weist die Firma einen Umsatz von US\$ 1,7 Mrd. aus.

Die Weinfirma Covisan in Mendoza, hat das traditionelle Weinunternehmen Suter, das den Brüdern Alberto und Carlos Suter gehörte, für \$ 12 Mio. gekauft. Covisan wurde vor einigen Jahren als Genossenschaft von Weinbauern in San Rafael, Mendoza, gegründet und später in eine G.m.b.H. umgewandelt, und von einer anderen Gruppe übernommen. Covisan kontrolliert etwa 10% der Tafelweine.

Repsol-YPF erhielt die Konzession für ein Gebiet von 92 qKm in Santa Cruz (genannt „La menor“), wo die Firma schon bedeutende Gaslager gefunden hat.

Wirtschaftsminister Machinea gab bekannt, dass es ihm gelungen ist, einen Kredit von US\$ 380 Mio. der interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) frei zu machen, der an gewisse Bedingungen gebunden war. Dieser Kredit bildet indes ein Paket mit einem Weltbankkredit, der an die Bedingung geknüpft ist, dass den ZB-Direktoren durch Gesetz Immunität bei ihren Handlungen in Fällen von Schliessungen von Finanzanstalten gewährt. Die Regierung ist zwar gewillt, ein Gesetz in diesem Sinn im Kongress einzubringen, hat jedoch Zweifel über eine parlamentarische Verabschiedung.

Wirtschaftsminister Machinea sprach sich gegen das Gesetzesprojekt aus, das im Kongress aufgenommen ist und durch das das gel-

tende Patentgesetz dahingehend geändert wird, dass Patente an die Bedingung gebunden werden, dass das Produkt im Inland erzeugt wird. Argentinien müsse die Vereinbarungen einhalten und keine Änderung in das Gesetz einfügen. Das war eine Absage, die auch für Allianz-Deputierte galt.

Nachdem ein Schiedsgericht des Mercosur gegen die Schutzmassnahmen entschieden hatte, die Argentinien Ende 1999 für die Textilindustrie getroffen hatte, so dass diese am Montag hätten aufgehoben werden müssen, hat das Sekretariat für Industrie, Handel und Bergbau „Aufklärungen“ gefordert, womit die Massnahme einstweilen nicht in Kraft tritt. Gleichzeitig hat Argentinien ein Abkommen zwischen lokalen und brasilianischen Textilunternehmern vorgeschlagen, durch das Brasilien eine freiwillige Beschränkung der Exporte nach Argentinien einführt.

Im Jahr 1999 haben von rund 800 Kfz-Agenturen im ganzen Land 200, also 25%, aufgegeben.

Der Staatssekretär für Fernverbindungen, Enoch Aguiar, erklärte, die von den Telefonunternehmen für die Periode vom 1. Juli 2000 bis zum 30. Juni 2001 vorgesehenen Investitionen von US\$ 2,7 Mrd. könnten leicht verdoppelt werden, wenn die Deregulierung auf diesem Sektor vertieft werde. MCI, AT&T, Bell South, Comsat, Diginet, General Electric, CTE, Global One, Hughes und Lucent seien interessiert, auf dem argentinischen Markt stärker präsent zu sein. Zwei Punkte müssen laut Aguiar diskutiert werden: das System der Lizenzen, das bestimmt wer zugelassen wird, und die Kosten der Verwendung des Netzes eines Betreibers durch einen anderen. Diese Kosten seien 1998 nach einem degressiven Schema festgelegt worden. Von 3,5 Cents seien sie auf 2,35 und gegenwärtig auf 2,15 Cents gesenkt worden. Dennoch müssten sie jetzt niedriger liegen. Die Zuteilung von Frequenzen für drahtlose Verbindungen seien willkürlich erfolgt, so dass durch Beschluss 109 verfügt worden sei, dass sie fallweise revidiert werden.

Radio Llamada, die zu gleichen Teilen Telefónica und Telecom gehörten, wurde für US\$ 870.000 der argentinischen Stop Car y Radio Llamada San Juan verkauft. Radio Llamada hat 16.000 Abonnenten und US\$ 600.000 Monatsumsatz. Sie ist die 2.-grösste nach der US-Firma Sky-Tel. Stop Car befasst sich mit der Auffindung gestohlener Kfz und gehört einer Gruppe aus der Provinz San Juan unter der Federführung von Casón und Cappello. Sie haben die Vertretung von Unifón und dem Zellulardienst der Telefónica für das Gebiet Mendoza, San Juan und San Luis. Stop Car arbeitet bereits landesweit mit den Frequenzen von Radio Llamada zum Aufspüren ge-

stohlener Kfz. Sie ist mit 15.000 Abonnenten Landeserste vor Lo Jack.

Der argentinische Hüttenverband hat die Eisen- und Stahlproduktion vom Februar in 1.000 t bekanntgegeben: Roheisen 258,7, -1,6% gegenüber dem Vormonat, +65,4% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und +44,3% im Vorjahresvergleich der ersten 2 Monate. Davon Gusseisen 168,5 (-4%, +21,3%, +10,7%), Schwammeisen 90,1 (+3,1%, +415%, +250,8%). Rohstahl 324,4 (+7,4%, +35,6%, +27,2%); Warmwalzprodukte 327,8 (+6%, +57,5%, +45,3%), davon Profile und nahtlose Rohre 144,2 (+25,8, +33%, +67,5%) Bänder u. Bleche einschl. zur kalten Weiterverarbeitung 183,6 (-5,6%, +84,1%, +33,3%). Kaltwalzprodukte ausgenommen die genannten 112 (-9%, +48,8% +18%.

Das Direktorium der Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO), unter dem Vorsitz des ehemaligen Schatzsekretärs Ricardo Gutierrez, hat beschlossen faule Kredite für \$ 300 Mio. abzuschreiben. Der ehemalige Präsident der Bank, Rodolfo Frigeri, wies darauf hin, dass wahrscheinlich ein Teil dieser Summe eingetrieben werden könne, da die Kredite eine reale Sicherung hätten. Ausserdem wies er darauf hin, dass er schon 1995 zurückgetreten sei und der Vorsitz von Carlos Sanchez übernommen worden sei, bis er in der letzten Periode der Duhalde-Regierung erneut für einige Monate zum Präsidenten ernannt wurde. Die Bilanz der Bank wird dadurch bereinigt, und das Nettovermögen um 21% von etwa \$ 1,3 Mrd. auf \$ 1 Mrd. verringert, um auf diese Weise eine bessere Qualifizierung zu erlangen.

Ein Indianerstamm der USA („Seminole“), aus dem Staat Florida, der Kasinos besitzt, die einen Umsatz von US\$ 800 Mio. erreichen, hat 50% des Aktienpaketes des Bergbauunternehmens Mogote-Rio Blanco gekauft, und dazu noch Land in der Gegend des Bermejo-Thales der Provinz La Rioja, um dort Produkte zu erzeugen, die nach den USA exportiert werden sollen.

Die Firma Liag Argentina S.A., die aus australischem Kapital besteht, hat ein Projekt für 40 Mio. Dollar in Formosa in Angriff genommen, wo sie 40.000 ha in Pozo del Mortero erworben hat, die hauptsächlich für Baumwollkulturen mit Bewässerung eingesetzt werden sollen, aber auch für Sojabohne und Getreide. Das Programm sieht eine Produktion von 27.000 t Baumwolle, 30.000 t Sojabohne und 63.000 t Weizen vor.

Die Firma Decker Indelqui S.A. gab bekannt, dass sie sich aus der lokalen Börse zurückzieht. Die Aktien der Kleinaktionäre, von einem Nennwert von \$ 1, werden zu \$ 0,22 zurückgekauft.

Das Kreditkartenunternehmen VISA sieht keine Änderungen der Provisionen vor, wie sie der Konkurrent MasterCard unlängst verfügt hat. Die vier Banken, die VISA kontrollieren, erklärten, dass die Entscheidung von MasterCard nicht mit ihrer Zustimmung zähle, wobei sie Massnahmen studieren, um deren Wirkung auszugleichen.

Ab Mittwoch letzter Woche können 850.000 Einheitssteuerzahler und Haushaltspersonal sich den Sozialwerken anschliessen, die zunächst zugelassen wurden, nämlich der der Gastronomiearbeiter, der Gebäudewärter und der Bauarbeiter. Der Beitrag beträgt \$ 20 pro Monat.

Die Knoblauchproduzenten haben in Begleitung von Deputierten der Provinz Mendoza den brasilianischen Botschafter in Argentinien aufgesucht, um gegen die Restriktionen zu protestieren, die Brasilien bei Knoblauchimport aus Argentinien eingeführt hat, die grosse Schäden anrichten. Seit Juli fordert die brasilianische Regierung eine Sondergenehmigung ihres Landwirtschaftssekretariates, die in der Praxis ein Importverbot darstellt.

Der US-Schatzsekretär Larry

Summers hat Wirtschaftsminister Machinea versichert, er werde sich für die Auszahlung des Kredites von US\$ 500 Mio. der Weltbank einsetzen, der Schwierigkeiten hat.

Der Verlag „La Nación“, der die gleichnamige Zeitung herausgibt, hat in Verbindung mit den Firmen Techint und der Bank Santander Central Hispano ein Projekt in Angriff genommen, um über dem Gebäude an der Bouchard und Lavalle ein Hochhaus von 20 Stockwerken zu errichten. Es handelt sich um eine Investition von US\$ 80 Mio. Das bestehende Gebäude wurde für weitere Stockwerke vorgesehen.

Das Kabelfernsehunternehmen Supercanal, Mendoza, hat eine Gläubigerberufung vor Gericht beantragt. Es handelt sich mit 425.000 Abonnenten um das drittgrösste Unternehmen der Branche, nach Multicanal (Clarín-Gruppe) und Cablevisión. Das Unternehmen gehört zur Vila-Gruppe, die 51,5% des Kapitals hält, wobei Latlink (Mas Canosa) 28,5% und Multicanal 20% haben. Die Schulden übertreffen \$ 400 Mio. Die Firma wollte verkaufen, wurde jedoch angeblich von der Clarín-Gruppe behindert.

Wundersame Vermehrung

Aus 12.000 Malwinkämpfern wurden 24.000

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Veteranen des Malwinkonfliktes von 12.000 verdoppelt. Aus den ursprünglich 12.000 sind 24.000 geworden, die heute Pensionen und andere Leistungen aus der Staatskasse beziehen. Um der Sache dieser wundersamen Vermehrung auf den Grund zu gehen, hat Innenminister Federico Storani eine 90-tägige Intervention der umstrittenen „Comisión de Veteranos de Guerra“ (Kommission der Veteranen des Krieges), die von der Regierung abhängig ist, verfügt. Der Unterstaatssekretär für Verfassungsangelegenheiten, Lautaro García Battallán, sah sich bei einer Prüfung einer Serie von Unregelmäßigkeiten gegenüber, als er den Kommissionsbetrieb, in dem eine starke Vetternwirtschaft zu herrschen scheint, näher in Augenschein nahm.

So koordiniert die Kommission nicht nur die Unterstützung der Veteranenvereinigungen, sondern handhabt seit 1994 auch den Etat für Hinterbliebenenreisen auf die Malwinen. In einer Abrechnung der letzten Reise von 20 Famili-

enangehörigen zum Besuch der Gräber im Februar ist eine Gesamtausgabe von 16.000 Pesos notiert, eingeschlossen „ohne Erklärung“ der Kauf von 100 Mützen und - man glaubt es kaum - von 150 Weckern.

Das Gesetz sieht eine Kriegsrente für Ex-Rekruten, Offiziere und Unteroffiziere der Streitkräfte sowie Angehörige von Präfektur und Gendarmerie, die zwischen dem 2. April und dem 14. Juni 1982 auf den Malwinen eingesetzt waren, vor. Die Veteranen haben eine Reihe von Sonderrechten. Neben der Pension in Höhe von mindestens 300 Pesos monatlich haben sie ein Anrecht auf Beschäftigung im öffentlichen Dienst und bekommen Stipendien (200 Pesos monatlich), wenn sie studieren. Unter anderem sind Steuerbefreiungen und Zugang zum PAMI-Sozialwerk vorgesehen. Außerdem erhalten sie zusätzliche Mittel zu ihrer Pension.

García Battallán und der Interventor der Comisión, Raúl Barrios, haben drei Monate Zeit, um die chaotischen Zustände in der „Comisión de Veteranos“ zu regeln.